Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg. | Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Jährlich 150 Nummern. Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich ausschl. Postbestellgebühr. | Leipzig, den 25. Februar 1908. | Anzeigen im „Korr." kosten: die viergespaltene Nonpareillezeile 25 Pfennig; Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt aber nur 10 Pfennig die Zeile. | Nr. 23.

Erklärung.

Über die in Nr. 22 abgedruckte „Erklärung" können wir nur unsrer Genugtuung Ausdruck geben, daß die Solidarität unter den Zentralkommissionen der Sparten so weit geht, daß sämtliche Unterzeichner sich dagegen verwahren, nicht ebenfalls Mißtrauen gegen Vorstand und Tarifinstitutionen gesät zu haben. Wir nehmen von diesem Eingeständnisse dankend Kenntnis, wundern uns aber auch bei dieser Kampfesweise nicht über das erzielte Resultat. Uns auf diesem Wege mit den Unterzeichnern der Erklärung in Auseinandersetzungen über ihre Anschauung einzulassen, lehnen wir selbstverständlich ab und beschränken uns darauf, festzustellen, daß selbst in dieser Erklärung die unterzeichneten Zentralkommissionsmitglieder wider besseres Wissen den Mitgliedern die Unwahrheit unterbreiten, lediglich, um ihren Zwecken zu dienen. Der Wahrheit zuwider wird behauptet, der Vorstand habe es abgelehnt, offizielle Vertreter der Sparten zur Generalversammlung zuzulassen; tatsächlich ist auf ein diesbezügliches Gesuch unserseits geantwortet worden, daß seither stets die von den Sparten präsentierten Vertreter von den Mitgliedern gewählt worden seien, es liege also nur bei den Sparten, die ihnen genehmen Vertreter vorzuschlagen; sollte wider Erwarten die Wahl der Vorgeschlagenen nicht erfolgen, so würde der Vorstand erwägen, in welcher Weise dem Wunsche Rechnung getragen werden könne.

Dann heißt es weiter, der Vorstand habe eine von den unterzeichneten Zentralkommissionen gewünschte Aussprache abgelehnt; tatsächlich verhält sich die Sache so: Kollege Mussial teilte dem Vorstande unter dem 10. Januar d. J. mit, daß eine freie, unverbindliche Aussprache sämtlicher Zentralkommissionen stattfinde. Eine bestimmte Tagesordnung sei nicht vorgesehen. Er gebe uns aus freiem Ermessen, ohne Kenntnis der übrigen Kommissionen, davon Nachricht, um Kombinationen die Spitze abzubrechen. In diesem Schreiben wird kein logisch Denkender eine Einladung erblicken. Erst nachdem die Zentralkommissionen zwei Sitzungen unter sich abgehalten, erließen sie durch den Vorsitzenden der Zentralkommission der Schriftgießer (der sich wohl kaum von der Berechtigung der Beschwerden der übrigen Spartenvertreter überzeugt haben dürfte, denn die Schriftgießer haben die allgemeine Entrüstung der Sparten nicht durch Unterschrift bestätigt) eine Einladung zur dritten Sitzung, der Folge zu geben der Vorstand nunmehr selbstverständlich ablehnte, da er sich nach der vorhergegangenen Präparierung der Spartenvertreter einen Erfolg von seiner Mitwirkung nicht mehr versprechen konnte.

Jedenfalls ist die Erklärung der Sparten ein kleines Beispiel, wie die Kollegen im Lande wahrheitsgemäß unterrichtet werden. Unsre Heiterkeit kann es nur erregen, wenn Zentralkommissionen in Entrüstung mitmachen, die noch nicht die geringste Beschwerde, weder mündlich noch schriftlich, an den Vorstand gelangen ließen, und deren eine der Vorstand seine Animosität jedenfalls dadurch bewies, daß er zur Förderung ihrer Zwecke ein Darlehen bewilligte. Wir begrüßen den Zusammentritt der Generalversammlung, um einmal den Kollegen zeigen zu können, was einzelne Spartengrößen unter Förderung der Verbandsinteressen verstehen.

Berlin. **Der Verbandsvorstand.**

Gewerkschaftliche Neutralität.

XIII.

Wer die heutige Stellung der Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung verstehen will, muß zu ihrem Ausgangspunkte zurückkehren und ihrer Entwicklung folgen. Dann wird uns klar, daß vieles nicht anders sein kann, wie wir es heute vorfinden. Von allem Anfang an haben sich die deutschen Gewerkschaften in Begleitung bestimmter parteipolitischer Anschauungen entwickelt. Von den ältesten Gewerkschaftsfragmenten der sechziger Jahre angefangen bis zu den jüngsten Gewerkschaftsgebilden, den christlichen. Mit Ausnahme des Verbandes der Deutschen Buchdrucker haben an der Wiege aller Gewerkschaften politische Parteien gestanden, die natürlich die betreffenden Gewerkschaften für ihre Partei reklamierten und sie nicht als selbständige Körperschaften gelten ließen, sondern nur als Hilfsmittel für die Verwirklichung von Parteizielen betrachteten. Darauf ist in erster Linie die unheilvolle Zersplitterung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zurückzuführen, an der sie seit Jahrzehnten krankt und so lange kranken wird, bis die Gewerkschaften nicht bloß auf dem Papiere, sondern in Wirklichkeit unabhängig und selbständig geworden sind. Dieser parteipolitische Einfluß und diese in praxi parteipolitische Abhängigkeit hat von allem Anfang an die Gewerkschaften auf schwankenden Boden gestellt, und mit dem Steigen und Fallen der wirtschaftlichen Konjunktur, mit dem Auf und Nieder des politischen Lebens wurden die Gewerkschaften im Kreise mit „herumgeschwenkt". Dabei ging eine natürliche gewerkschaftliche Entwicklung zum Teufel, ihre Aufgaben und Ziele verwischten sich, die Kinderkrankheiten unsrer politischen Parteien gingen auf die Gewerkschaften über, die um so „revolutionärer" wurden, je weniger Einfluß und tatsächliche wirtschaftliche Macht sie besaßen.

Die unheilvollen Parteikonflikte, in die im Laufe der Zeit die Gewerkschaften verstrickt wurden, führten außerdem dazu, daß gar bald wie im politischen Lager auch die verschiedensten gewerkschaftlichen „Richtungen" entstanden. Wirklich zielbewußt in gewerkschaftlichem Sinne ging nur Härtel (1866) mit der Gründung des Buchdruckerverbandes vor. Lassalle und seine Anhänger waren fanatische Gegner jeder Gewerkschaftsbewegung. Die von Schweitzer gegründeten „Gewerkschaften" wurden ohne weiteres in den Dienst der politischen Bewegung gestellt. Der bei Lassalle so stark hervortretende Gedanke der Staatshilfe verneinte jede Selbsthilfe der Arbeiter, zudem die Lassalleaner im Hinblick auf die Schultze-Delitzschschen Bestrebungen ein Abschwenken der Arbeiter befürchteten. Daran leidet die Arbeiterbewegung heute noch, daß mit der Verwerfung der Selbsthilfe die individuelle Tatkraft des einzelnen Arbeiters erstickt und einer aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung geradezu das Genick gebrochen wurde. In revolutionären, aber tatlosen Protesten und in der Hoffnung auf die endliche Staatshilfe ließ man die Arbeit des Tages am Wege verfaulen. Deduzierte doch Dr. Lux 1894 noch in der „Metallarbeiterzeitung", daß mit einer Unterstützung der Arbeitslosen die Gewerkschaft ihre Kraft vergeude und sich schwäche. Man solle nur die Dinge ruhig gehen lassen. „Auf diese Weise wird die bürgerliche Gesellschaft gar bald in Entsetzen und Furcht vor dem Gespenste der Arbeitslosigkeit geraten und Hilfe schaffen." Wie kindisch! Aber dieser Grundgedanke, der Jahrzehnte lang mehr oder weniger offiziell die Sozialdemokratie beherrschte, wirkte unter allen Umständen lähmend auf die Gewerkschaftsbewegung. Wenn der Staat denn doch einmal eingreift, warum solle man da erst kümmerliche Unterstützungseinrichtungen u. dgl. schaffen? Man müsse vielmehr dafür sorgen, daß die politische Partei recht bald groß und stark werde, das sei wichtiger; für diesen Zweck allein habe auch nur die Gewerkschaftsbewegung eine Berechtigung. Man vergaß dabei aber ganz, daß die künftige Gesellschaftsordnung nicht von und auf verelendeten Massen aufgebaut werden kann. Was half das aber alles, die Zeit war noch nicht reif, um das Trügerische einer Staatshilfe, wie die Lassalleaner diese sich vorstellten, allgemein zu erkennen. Man konnte nicht einsehen, daß der Gegenwartsstaat so wenig wie der Zukunftsstaat wirksam die Interessen der Arbeiter vertreten kann, bevor nicht die letztern durch die wirtschaftliche Macht und soziale Reife hochentwickelter Organisationen selbst ein Teil des Staates geworden sind.

Trotz größerer gewerkschaftsfreundlicher Neigungen, die allerdings mehr theoretisch und platonisch waren, weil damals an eine wirkliche Gewerkschaftsbewegung nicht gedacht werden konnte, blieb es auch nach der Gothaer Einigung beim alten. Die Eroberung der politischen Macht, die Diktatur des Proletariates, die Expropriation der Expropriateure, der rein politische Kampf, das waren auch die leitenden Gedanken, als es 1875 in Gotha zwischen den Lassalleanern und den Eisenachern, den sogenannten „Ehrlichen", zu einem Einigungsprogramme kam. Die Gewerkschaften profitierten davon nichts. Man konnte weder damals noch später den Gedanken, daß der Kampf der Arbeiterklasse ein politischer sein müsse, modifizieren. Erklärte doch Bebel bei der Revision des 1875er Programms in Erfurt 1891, daß das Proletariat zuerst die politische Macht und dann erst die ökonomische Macht erobern müsse. Deshalb heißt es im heutigen Parteiprogramme noch: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf."

Ich habe mich schon an andrer Stelle (siehe z. B. Artikel X) gegen das Unhaltbare eines solchen Standpunktes gewandt, der doch weiter nichts ist als ein notwendiges Fundament für die ideelle Existenz bürgerlicher Parteitheoretiker, denen die Praxis der gewerkschaftlichen Arbeit immer ein siebenmal mit sieben Siegeln verschlossenes Buch bleiben wird. Ich behaupte, daß die Gewerkschaften immer die Voraussetzungen für die politische Macht des Proletariates schaffen müssen, denn was die Gewerkschaften nicht auf dem Wege des Ge-

werkschaftskampfes erreichen, dafür wird auch die Gesetzgebung nicht zu haben sein! Man erinnere sich nur, daß die Zuchthausvorlage den deutschen Arbeitern präsentiert wurde, als die Sozialdemokratie mit zwei Millionen Stimmen und 56 Abgeordneten im Reichstage vertreten war, eine Macht, die es von vornherein ausschließen sollte, daß regierungsseitig solche Provokationen der Arbeiterschaft möglich sein konnten, wenn mit der einseitig wachsenden politischen Macht des Proletariates auch wirkliche Macht ausgedrückt wäre. Ganz zutreffend äußerte damals v. Elm auf dem Parteitag in Hannover: „Ich habe aus England von einem der bedeutendsten Nationalökonomen gehört, daß es dort nicht mehr möglich sei, eine derartige Vorlage zu bringen, weil dort die Arbeiterorganisationen schon einen solchen Einfluß erlangt haben, daß weder Regierung noch Parlament es wagen könnten, sich mit einer solchen Vorlage zu beschäftigen. Was bedeutet denn das? Das bedeutet die Anerkennung der Macht der wirtschaftlichen Organisation, ihres politischen Einflusses." In Deutschland denkt man freilich anders, dank der von mir bereits erwähnten Tatsache, daß man hier das Pferd beim Schwanz aufzäumt. Deshalb konnte auch Bernstein vor fünf Jahren schreiben:

> ... So lange die Vereinigungen, welche das unmittelbare Wirken für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft auf ihre Fahne geschrieben haben, selbst noch wesentlich **utopistisch** denken, d. h. von der Vorstellung einer durch **Radikalmittel** irgendwelcher Art in Kürze zu bewerkstelligenden, totalen Neuordnung beherrscht sind, so lange muß ihnen auch die **Gewerkschaftsbewegung als bloße Kleinigkeitskrämerei** erscheinen, als Furcht vor Unwissenheit, Zweifel am Prinzip und Abfall von diesem.

Zur selben Zeit erklärte auch Vollmar, daß man in der Partei fürchtet, durch die Gewerkschaften „könnte am Ende die Partei geschädigt werden, und es hat sich sogar eine talentvolle Schriftstellerin gefunden, die seinerzeit ausführte, die Tätigkeit der Gewerkschaften sei nur eine sehr beschränkte, von der Möglichkeit einer sozialen Ausgestaltung der Gewerkschaften könne gar keine Rede sein," und die Gewerkschaften gingen überhaupt ihrem Niedergang entgegen."

Daß solche Deduktionen möglich sind, hängt eben unmittelbar damit zusammen, daß die Gewerkschaften es bis heute noch nicht verstanden haben, sich eine wirklich selbständige Stellung in der Arbeiterbewegung zu sichern, und daß wir immer noch unter dem Einflusse stehen: die Gewerkschaften haben da wie dort nach der politischen Pfeife zu tanzen. Ich sage das ohne jede persönliche Beziehung gegenüber der Sozialdemokratie, sondern vom Standpunkte des Geschichtsforschers aus, der lediglich Tatsachen zu konstatieren hat. Freilich, die freie Forschung gehört bei der Sozialdemokratie mit wenigen Ausnahmen nur zum Silberzeuge, das nur an besonders hohen Festtagen auf die Tafel kommt. Wenn ich zurzeit ob der Bemühungen, meinen Kollegen theoretisches und geschichtliches Material über die Arbeiterbewegung zu unterbreiten, von einer Anzahl s.-d. Blätter in der ordinärsten und infamsten Weise mit Kot beworfen werde, so ist das ein Beweis dafür, daß eine andre als die geaichte Parteimeinung bürgerlicher Theoretiker und gewisser scherenbeflissener Nachplärrer nicht erlaubt ist. Diese Unduldsamkeit ist ebenso alt wie die Sozialdemokratie selbst. Die Gewerkschaftsbewegung ist stets dieser Partei nur als ein Hilfsmittel, als eine „Rekrutenschule" — wie sich Greulich noch 1902 in Stuttgart propagandistisch ausdrückte — erschienen.

Es liegt nun einmal im Wesen jeder politischen Partei begründet, daß sie ihre Grundsätze mit einer gewissen Infallibilität zu umkleiden sucht. Die s.-d. Partei macht davon keine Ausnahme. Unter Verneinung des historisch gewordenen Staatswesens stand der partei-orthodoxe Revolutionarismus an der Wiege der deutschen modernen Gewerkschaften und machte sie von allem Anfang an zum Spielballe von Theorien mit dem Erfolge, daß sich eine oft utopische wirtschaftliche und politische Vorstellung auf das praktische gewerkschaftliche Leben übertrug. Zudem erblickte die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften so eine Art Konkurrenzunternehmen, so daß die s.-d. Partei glaubte, alle Selbständigkeitsgelüste der Gewerkschaften von Haus aus unterdrücken zu müssen. Wie ich zugestehen will: aus bester Absicht, aber doch mit Absicht. Bereits auf unsrer Generalversammlung in Halle a. S. 1896 wies ich auf die gewerkschaftsfeindliche Stellung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins hin, der 1872 auf seiner Tagung in Berlin beschloß, den Wunsch auszusprechen, daß sobald wie möglich alle bestehenden gewerkschaftlichen Verbindungen aufgelöst und die Mitglieder dem politischen Verbande zugeführt werden sollten. Nachdem dieser Beschluß 1873 auf der Generalversammlung des genannten Vereins zu Frankfurt a. M. wiederholt war, beschloß schließlich 1874 die Generalversammlung in Hannover:

> Die Generalversammlung wolle beschließen: „Auf Grund der Erfahrungen, welche die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in betreff der gewerkschaftlichen Bewegung besonders in Deutschland gemacht haben, erklärt die Generalversammlung folgendes:
>
> Die Bestrebungen aller Korporativvereine Deutschlands, welche angeblich den Schutz der Arbeiter gegen die maßlose Bedrückung derselben durch die Kapitalmacht bezwecken, sind durchaus nicht geeignet, diesen Zweck zu erreichen. Die Generalversammlung spricht vielmehr die Überzeugung aus, daß der durch die Korporativvereine gegen die Kapitalmacht geführte ungleiche Kampf, der lediglich die unmögliche ‚Selbsthilfe' der Arbeiter zur Basis hat, nicht nur die Widerstandskraft der Arbeiter, sondern auch die radikalen sozialpolitischen Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im höchsten Grade gefährdet.
>
> Die Generalversammlung erklärt deshalb ferner, daß alle diejenigen Verräter der Arbeiterklasse sind, welche — meist aus eigennützigen Absichten — fortfahren, die Gewerkschaftsbewegung, entgegen den Beschlüssen der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Berlin im Jahre 1872 und zu Frankfurt a. M. 1873, in den Vordergrund der Arbeiterbewegung zu drängen und dadurch die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in unverantwortlicher Weise zu schädigen.
>
> Die Generalversammlung beschließt daher weiter, daß in Gemäßheit des Beschlusses der Berliner Generalversammlung im Jahre 1872, welcher lautet:
>
> „Die Generalversammlung spricht den Wunsch aus, daß so bald wie möglich alle innerhalb unsrer Partei bestehenden gewerkschaftlichen Verbindungen aufgelöst und die Mitglieder dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine zugeführt werden. Pflicht der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ist es, in diesem Sinne zu wirken. Eine weitere Ausdehnung der Streikkassen ist als eine Störung der Zentralisation der Arbeiter nicht praktisch; es sind nunmehr binnen Jahresfrist alle Korporativvereine, deren Mitglieder angeblich der Lehre Lassalles huldigen, aufzulösen und die Mitglieder derselben, soweit wie möglich, dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine zuzuführen.
>
> Mitglieder, Beamte und Vorsteher von Korporativvereinen, welche zugleich Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sind und diesem Beschlusse keine Folge leisten, sollen nach Ablauf eines Jahres ohne weiteres als aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgeschieden betrachtet werden. Ihre Wiederaufnahme kann nur mit Genehmigung des Vorstandes erfolgen."

Welche Wandlungen auch in der s.-d. Partei bezüglich der Wertung der Gewerkschaftsarbeit geschehen sein mögen, zu allen Zeiten ist das Bestreben bestehen geblieben, die Gewerkschaften eng an die s.-d. Partei zu ketten. Welche Strömungen heute noch in ihr bestehen, sagen die Namen Bernstein und Molkenbuhr auf der einen und Stadthagen und Luxemburg auf der andern Seite, ganz abgesehen von dem Programme der Partei an sich. Selbstverständlich hat es in der s.-d. Partei nie an solchen Führern gefehlt, welche auch die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation erkannten, um ihrer selbst willen, aber nur sehr wenige. Aus der frühesten Zeit nenne ich von diesen den leider zu früh verstorbenen Tischler York. Dieser plädierte auch für strenge Neutralität der Gewerkschaften und Sammlung der Arbeiter ohne Unterschied der politischen und religiösen Gesinnung in einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen. Neben York war es unser Kollege Karl Hillmann, der 1896 in Lübeck im Alter von 56 Jahren als Redakteur eines bürgerlichen Organs starb, welcher im Sinne des Verbandes für unabhängige und neutrale Gewerkschaften eintrat und in ihnen den wesentlichsten Teil der Arbeiterbewegung für die Zukunft erkannte. Im übrigen aber blieben die Gewerkschaften, was selbst Legien 1893 noch auf dem Kölner Parteitag als selbstverständlich fand: „Vorschulen für die politische Bewegung". Die Neutralität blieb eine schöne Dekoration und die Gewerkschaft „absolut, wenn sie uns den Willen tut". Welcher Hohn und Spott und Haß ist beispielsweise nicht auf die Buchdrucker ausgegossen worden, wenn diese es wagten — wie 1878, 1888, 1896 — gemäß ihrer Neutralität und ihrer gewerkschaftlichen Bedürfnisse zu handeln. Darüber wäre viel Lehrreiches zu berichten, was ich mir aber versagen will, um den Faden nicht zu lang zu spinnen. Aber auch andre Gewerkschaften wissen ein Lied davon zu singen, und zwar bis in die neueste Zeit hinein. Trotz alledem und alledem gehört die Zukunft doch den Gewerkschaften.

Zur Generalversammlung.

Nur noch eine kurze Spanne Zeit trennt uns von den Tagen, wo eine Handvoll Vertreter über die Wünsche und Forderungen von rund 53000 Kollegen zwecks Ausbau und innerer Ausgestaltung unsrer Verbandseinrichtungen zu Gericht sitzen wird. Es ist deshalb ja auch ganz erklärlich, daß sich schon seit einigen Wochen ein reger Meinungsaustausch der zu berücksichtigenden und auch tatsächlich bedürftigen Änderungen in unsern Unterstützungssätzen bemerkbar macht. Ich will es deshalb ebenfalls versuchen, in nachstehendem die Wünsche einiger Provinzkollegen zum Ausdrucke zu bringen, obwohl man ja fast gewöhnt ist, damit zu rechnen, die Erfüllung derselben als eine Fata morgana zu bezeichnen; denn wir haben es ja an der letzten Generalversammlung gesehen, wie es den Anhängern der Wittwenkasse ergangen, aber auch diese werden sich nun wohl oder übel mit dem Gedanken abgefunden haben: „Ach, es war ein seliger Traum". Wenn nun auch das Gros der Provinzkollegen mit diesem Ideal ihrer Wünsche ein für allemal Schluß gemacht, und nachdem auch sie nach und nach zu der Überzeugung gekommen, daß unser Verband nicht nur als Unterstützungsverein, sondern in der Hauptsache als gewerkschaftlicher Verein anzusehen ist, welcher sich in seiner Hauptaufgabe die wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitglieder zur Aufgabe gemacht, so ging doch aber der Wunsch und die Anträge aller dieser Kollegen dahin, daß das Sterbegeld in einer dementsprechenden Weise erhöht werden möge, daß die Hinterbliebenen wenigstens eine kurze Zeit vor den bittersten Erfährungen verschont bleiben mögen, denn es wird wohl kein Kollege bezweifeln, daß wenn man verdammt ist, bis zu seinem Lebensende als gewöhnlicher Buchdrucker sein Dasein zu fristen, man auch nichts auf die hohe Kante legen kann. Aus diesem Grunde gehen auch meine Wünsche speziell dahin, daß unsern ältern Kollegen, welche die Kassen so gut wie gar nicht in Anspruch genommen, auch etwas mehr in dieser Beziehung entgegengekommen wird. Und wenn ich mir nun die verschiedenen Sätze des Sterbegeldes betrachte, so finde ich entschieden, daß man den ältern Kollegen eine ungerechte Härte zuteil werden läßt, denn die letzte Staffel des Sterbegeldes steht in gar keinem Verhältnisse zu den beiden ersten. Während es jetzt im § 11 heißt:

Im Sterbefalle kann ein Begräbnisgeld in nachstehender Höhe gewährt werden: Bei

13—50	Beiträgen	50	Mk.
51—250	„	100	„
251—500	„	150	„
501—750	„	200	„
751—1000	„	250	„
1001—1250	„	300	„
1251 und mehr	„	350	„

so würde ich der Generalversammlung den Vorschlag unterbreiten, diese Sätze wie folgt abzuändern:

13—50	Beiträgen	75	Mk.
51—250	„	125	„
251—500	„	200	„
501—750	„	300	„
751—1000	„	400	„
1001—1250	„	500	„
1251 und mehr	„	600	„

Wenn ich bei dieser Neueinteilung den letzten vier Sätzen den ersten dreien gegenüber eine kleine Mehrerhöhung zugesprochen, so ließ ich mich von der Ansicht leiten, daß in diese Kategorie speziell die verheirateten Kollegen fallen und glaube auch daher, daß man keinen Grund habe, meinem Vorschlage unsympathisch gegenüber zu stehen, und bitte daher meine Kollegen, bei Stellung von Anträgen, welche Bezug auf das Sterbegeld haben, meinen Vorschlag zu berücksichtigen, denn es wäre verwerflich gehandelt, wollte man akzeptable Vorschläge beiseite werfen und sich wieder unnötigen Illusionen hingeben, wo man doch nur am Ende einen bittern Nachgeschmack empfindet.

Schon im Bewußtsein dessen, von gewissen Kollegen nur als derjenige bezeichnet zu werden, welcher es auf die Unterstützungszweige unsrer Kasse abgesehen, kann ich mich doch eines Vorwurfs nicht erwehren, welchen auch ich noch hier zum Ausdrucke bringen möchte, und zwar betrifft es den Passus „Umzugskosten", wo es im Absatze 5 heißt: „Freiwillig" umziehende... erhalten von den

vorstehenden Sätzen die Hälfte". Eine größere Härte kann wohl kaum einem Kollegen widerfahren, welcher bestrebt ist, seine ohnehin nicht gerade rosige Lage zu verbessern, indem ihm nur die Hälfte der vorgesehenen Umzugskosten gewährt wird. Meine Ansicht geht dahin, daß wohl kein verheirateter Kollege aus übermut seine Stellung aufgibt, um nur in den Genuß der Umzugskosten zu gelangen, und wenn ihn nicht zwingende Gründe dazu bewegen, sein gegenwärtiges Domizil aufzugeben und sich einen neuen Wirkungskreis zu suchen, so wird er es wohlweislich unterlassen. Also fort mit dieser lästigen Ausnahmeklausel! Sollten jedoch trotzdem einige Zugvögel vorhanden sein, nun, so ließe sich wohl auch noch ein Passus finden, um dieser Kassenräuberei einen Riegel vorzuschieben, und möchte ich z. B. folgenden Vorschlag unterbreiten: „Liegt zwischen dem letzten und dem vorzunehmenden Umzuge nicht eine mindestens zweijährige Konditionsdauer, so können die Unterstützungskosten um die Hälfte reduziert werden."

Waldenburg (Schl.) R. Hoffmann.

* * *

Bezugnehmend auf den in Nr. 12 enthaltenen Artikel „Zur Generalversammlung" möchte ich einige Worte ergänzend hinzufügen.

Den Ausführungen des Rathenower Kollegen betreffs § 3 unsers Statutes, welcher es als eine Härte bezeichnet, daß freiwillig aussetzende sowie freiwillig Ferien nehmende Kollegen zu einem Beitrage verpflichtet sind, kann ich nur voll und ganz beipflichten, denn wo Pflichten, sind Rechte, was aber hier nicht zutrifft. Trotzdem ich mit den Ausführungen einverstanden bin, möchte ich den Rathenower Kollegen auf etwas Weiteres aufmerksam machen; z. B. kann es Kollegen geben, und es gibt bestimmt solche, die gewillt sind, um eine gewisse Karenzzeit hinter sich zu bringen, den Beitrag aus diesem Grunde gern entrichten möchten. Es handelt sich manchmal oft nur um einen Wochenbeitrag, um diese Karenzzeit voll zu bringen, womit ja bekanntlich viel zusammenhängt. Gerade diesen Kollegen müßte dann auch Rechnung getragen werden, und wäre ich nun der Ansicht, für den im § 3 enthaltenen Absatz folgende Fassung vorzuschlagen: „Nur arbeitende Mitglieder zahlen einen Beitrag; trotzdem kann vorübergehend freiwillig aussetzenden Mitgliedern gestattet werden, den Beitrag zu entrichten."

Das freiwillige Aussetzen resp. Ferien sind doch so zu verstehen, daß dasselbe in einer Zeit geschieht, wo die Geschäftsflaue ihren Einzug hält, also im Hochsommer. Es kann dem Prinzipale nur sehr erwünscht sein, wenn sein Personal um freiwillige Ferien nachsucht, denn dadurch erspart er sich eine eventl. Kündigung, weil gerade wenig zu tun ist. Es ist ja ganz schön gedacht, wenn ein Kollege, der sich etwas erübrigen konnte, um freiwillige Ferien einkommt, um in erster Linie sich Erholung zu verschaffen und in zweiter Linie Erholung zu neuem Wirken für den Prinzipal. Auch kann ja durch das Feriennehmen eine eventl. Kündigung vereitelt werden. Ich denke gewiß nicht schlecht von den meisten unsrer Prinzipale, aber ich halte in diesem Falle nicht viel gutes von den freiwilligen Ferien, denn es könnte die Möglichkeit eintreten, daß der eine oder andre von den Prinzipalen die Gelegenheit wahrnimmt und sich sagt, gut, wenn von meinem Personal um freiwillige Ferien nachgesucht wird, dann brauche ich eben keine gezwungenen oder selbsteingeführten Ferien einzuführen. Und im weitern ist es als eine Gefährdung andern Kollegen gegenüber zu betrachten, wo bereits vom Geschäft bewilligte Ferien bestehen. Der Prinzipal wird schließlich stutzig und schafft die bereits von ihm bewilligten Ferien ab, mit dem Gedanken, daß doch irgend einige unter seinem Personale sind, die sich freiwillige Ferien nehmen. Meine Ansicht ginge zu dieser Angelegenheit dahin, daß ganz entschieden darauf hinzuwirken wäre, daß dem freiwilligen Feriennehmen ein wenig entgegengetreten wird, wenn nicht ein besondrer Umstand vorliegt. Schließlich könnte der Prinzipal noch zu der Ansicht hinneigen, man könnte sich von dem Lohne soviel erspart haben, um freiwillige Ferien nehmen zu können.

Speier. W.

Korrespondenzen.

Alsfeld. Unsre am 15. Februar abgehaltene Generalversammlung war vollzählig besucht, wie wir überhaupt im ersten Jahre unsers Bestehens über guten Versammlungsbesuch berichten können. Der Vorsitzende hob dies auch hervor mit dem Wunsche, dies möge auch fernerhin der Fall sein. Dem Jahresbericht entnehmen wir: Zahl der Mitglieder am Anfang und Schlusse des Jahres 13. Im August mußte der Vorstand erneuert werden, da die beiden Vorstandsmitglieder ihre Konditionen wechselten. Die Firma Rühl, die uns öfters Anlaß zu Klagen bot, beschäftigt jetzt ein Verbandsmitglied und hält sich genau an den Tarif. Bei der Firma Post scheitern alle Versuche und Beschwerden. Augenblicklich ruht eine Beschwerde über unzulässige Lehrlingszahl in diesem Kunsttempel in den Händen der hessischen Handwerkskammer. Vielleicht hat das mehr Erfolg. Die Vorstandswahl brachte eine Aenderung. Der erste Vorsitzende Dauhardt verzichtete auf Wiederwahl und an seine Stelle trat Kollege Hirt. Der übrige Vorstand wurde wiedergewählt. Nur die Kollegialität muß mehr gepflegt werden. Nach einigen internen Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

GT. **Berlin.** (Verein Berliner Korrektoren.) Die Sitzung vom 16. Februar erfreute sich eines außerordentlich regen Besuches. Inwieweit das Interesse für unsre Spartenbewegung immer mehr und mehr um sich greift, geht daraus hervor, daß wir in dieser Sitzung 13 Aufnahmen und 7 Neumeldungen zu verzeichnen hatten. Als bemerkenswert wurde noch bekanntgemacht, daß Kollege Reinecke sich der Mühe unterziehen will, Kurse für fremdsprachlichen Unterricht einzurichten. Die Teilnahme an diesen Kursen ist auch für Nichtmitglieder vollständig unentgeltlich. Der Anfangstermin wird durch Inserat im „Korr." bekanntgegeben. Rege Beteiligung erwünscht.

Bernburg (Anh.) Jahresbericht. Die im „Deutschen Hause" abgehaltene Generalversammlung des Ortsvereins war der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend nicht so besucht, wie es hätte sein müssen. Das alte Klagelied konnte man auch hier wieder anstimmen. Sobald Wahlen, namentlich Vorstandswahlen, wichtige Beschlüsse usw. erledigt werden sollen, glänzen meistens die älteren und besonneren Kollegen durch Abwesenheit. Gerade von diesen setzt man ein gut Teil Arbeitsfreudigkeit und Interesse für unsre gute Sache voraus, aber leider für diese, denen es am ersten zukommen sollte, scheint der in Aussicht stehende Posten eines Vorsitzenden oder dgl. nicht verlockend genug. Doch immerhin erfreulicher als dieses, können wir das abgelaufene Jahr für unsern Ortsverein bezeichnen. Der Mitgliederstand desselben war zum Schlusse des Jahres 34 und die Versammlungen waren im Durchschnitte von 20 besucht. Eine Eingabe zwecks Vergebung von städtischen Drucksachen an tariftreue Firmen hatte keinen Erfolg. Der „Korr." ist obligatorisch und wird in 36 Exemplaren gelesen. Als Kassierer fungiert Kollege Walter Söhns, Alexanderstr. 2a. Den Vorsitz führt provisorisch der bisherige Vorsitzende Dabergotz.

Blankenese. Am 8. Februar hielt unser Ortsverein in seinem Vereinslokal seine diesjährige Generalversammlung ab, welche von fast sämtlichen Kollegen besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden die Hoffnung ausgedrückt, daß dasselbe Interesse wie im Vorjahre auch in diesem Jahre vorhanden sein möge und wir in geschäftlicher wie finanzieller Hinsicht stets so balanzieren wie in dem verflossenen. Die alsdann vorgenommenen Wahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Sodann wurde vom Kassierer der Jahres- und Kassenbericht verlesen und darauf dem Kassierer Decharge erteilt. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 22, am Schlusse des Jahres 18. Das Johannisfest wurde am 29. Juni gefeiert, außerdem noch ein Herbst- und ein Wintervergnügen. Der Tarif kam in den beiden hiesigen Druckereien glatt zur Einführung. Nachdem noch kleinere interne Angelegenheiten zur Sprache gekommen, wurde die Versammlung geschlossen.

Bochum. Die erste in Bochum abgehaltene Versammlung des Bezirkes war äußerst stark besucht. Viel zu dem guten Besuche beigetragen hat wohl das Erscheinen unsers Gauvorstehers Graßmann. Zu Beginn der Versammlung gibt der Vorsitzende Kenntnis von dem Ableben des Kollegen Lindemeyer (Witten), dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wird. Der Bezirksvorstand, bestehend aus den Kollegen Tietz, Vorsitzender, Prucha, Kassierer, und Dammeier, Schriftführer, wird bestätigt. Vorsitzender macht auf die Änderung des § 4 des Organisationsvertrags aufmerksam. Sodann wird ein Zirkular des Gauvorstandes betreffend Urabstimmung über den Antrag Bonn, die Zahl der Vertreter zum Gautage herabzusetzen, zur Verlesung gebracht. Weiter wird bekanntgegeben, daß die Firma Nahrendorf (Wanne) für Verbandsmitglieder gesperrt ist. Kollege Tietz bringt noch den am 17. Februar stattfindenden Walkotteabend in Erwähnung. Der Mitgliederstand im Bezirke beträgt 275. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden ist zu erwähnen, daß die ans Tarifamt gerichtete Eingabe betreffend Erhöhung der Lokalzuschläge für die Orte Recklinghausen, Wanne und Herne abschlägig beschieden wurde. Kollege Bäumgen erstattete im verflossenen Jahre zweimal Bericht über die Tätigkeit des Tarifschiedsgerichtes Dortmund. Der Mitgliederstand betrug am Anfange des Jahres 1907 274, am Ende desselben 284. Die bei der Firma Vollmer in Recklinghausen-Süd herrschenden untariflichen Verhältnisse werden zur Kenntnis gebracht. Besagte Firma soll mit einer Hertener Firma einen Vertrag geschlossen haben, wonach beide Firmen sich verpflichten, bei eventueller Verwirkung einer Konventionalstrafe, bis Oktober d. J. den Tarif nicht anzuerkennen. Dem dort konditionierenden Verbandsmitgliede soll aufgegeben werden, ordnungsmäßig zu kündigen. Noch immer unterlassen es die Kollegen, vor Annahme von Kondition Erkundigungen einzuziehen und kann gar nicht laut genug davor gewarnt werden. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht wurde genehmigt und Decharge erteilt. Hierauf erhielt Gauvorsteher Graßmann das Wort zu seinem Vortrage: Die augenblickliche Situation im Buchdruckgewerbe. Durch lautlose Stille bewies die Versammlung, daß sie Verständnis für die interessanten Ausführungen des Redners hatte. Lebhafter Beifall wurde dem Referenten als Dank zuteil. Die Anträge zur Generalversammlung und dem Gautage wurden nach Vornahme kleiner Änderungen in der Kommissionsfassung angenommen.

Dortmund. (Maschinensetzervereinigung.) Die am 9. Februar stattgefundene Versammlung des Bezirks Dortmund hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Neben einigen internen Angelegenheiten wurden auch sechs Anträge zur Verbandsgeneralversammlung, welche die einzelnen Spezialorganisationen angehen, und bereits im „Korr." veröffentlicht sind, durchberaten, die der nachmittags stattgefundenen Bezirksversammlung zur Annahme empfohlen wurden. Unsre aufgestellten Kandidaten werden, wenn sie als Delegierte gewählt, ihr möglichstes tun, damit die Anträge auch in Köln Annahme finden. Anschließend an die Versammlung fand eine Besichtigung der Monoline und Monotype in der Rubfusschen Offizin statt, die sehr interessant war. In dem Jahresberichte der Maschinensetzer Rheinland-Westfalens wird unter Bezirk Dortmund folgendes berichtet: Auch das verflossene Jahr hat uns im hiesigen Bezirk wieder ein gutes Stück vorwärts gebracht und sind erfreulicherweise sowohl auf tariflichem Gebiete, als auch hinsichtlich der Gewinnung von Mitgliedern Erfolge zu verzeichnen. Betrug die Zahl der Nichtmitglieder im Vorjahre noch 18, so ist diese Zahl im letzten Jahre auf 11 gesunken; immerhin ist diese Zahl noch eine hohe zu nennen und wird es hoffentlich gelingen, in diesem Jahre die Zahl der Nichtmitglieder weiter zu reduzieren. Der Vereinigung gehören 38 Kollegen (zurzeit beträgt die Zahl 40. D. B.) an, gegenüber 29 im Vorjahre. Der Besuch der Versammlungen ließ im allgemeinen zu wünschen übrig. Am Verbandsleben nahmen die Maschinensetzer regen Anteil und waren dieselben sowohl im Bezirks- und in den Ortsvorständen, als auch in den tariflichen Institutionen vertreten. Möge auch im neuen Jahre die Parole eines jeden Kollegen lauten: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

-n. **Düsseldorf.** In der Bezirksversammlung vom 8. Februar gab der Vorsitzende unter „Vereinsmitteilungen" bekannt, daß der Lokalzuschlag für Düsseldorf erst vom 1. Januar 1909 ab 15 Proz. beträgt und nicht, wie irrtümlich im „Kleinen Ratgeber" enthalten, vom 1. Januar 1908 ab. Ferner nahm die Versammlung mit Entrüstung davon Kenntnis, daß man einen Setzer, welcher vom Arbeitsnachweise verlangt worden war, seitens der hiesigen städtischen Druckerei mit 18 Mk. entlohnte. Der Leiter des Betriebes glaubte im guten Rechte zu handeln, indem er auf den von der Stadtverordnetenversammlung für Arbeitslose festgesetzten Tagelohn von 3 bis 3,60 Mk. hinwies. Demnach scheint man dort unsern Beruf als Notstandsarbeit anzusehen, oder sollte man in der Stadtdruckerei noch keine Ahnung von unserm Tarife haben. Sodann gab der Vorsitzende Born einen ausführlichen Jahresbericht. Derselbe sei hiermit kurz wiedergegeben. Im Berichtsjahre stieg die Mitgliederzahl unsers Bezirksvereins auf 613. Damit hätten wir bereits alle aufnahmefähigen Kollegen gewonnen. Leider hat mit der großen Zunahme der gewerkschaftliche Gedanke nicht gleichen Schritt gehalten. Dies machte sich besonders bei der Einführung des neuen Tarifes bemerkbar; wie konnte es sonst möglich sein, daß man seitens vieler Mitglieder dazu überging und zu der Einführung der Kompensierung seine Zustimmung gab. In einigen Druckereien kam man der Geschäftsleitung noch entgegen, indem man die Kompensierung erbat. Die Tarifeinführung ging überall glatt vonstatten. Zum Konflikte kam es bei der Firma H. Ohligschläger, welche auf unsern Antrag aus dem Tarifverzeichnisse gestrichen wurde. Mögen alle Mitglieder nun darauf achten, daß die Einhaltung des Tarifes auch befolgt wird, speziell in Hinsicht auf die Schmutzkonkurrenz. Eine von uns eingeleitete Zusammenkunft mit den Prinzipalen zwecks Einsetzung einer Lehrlingsüberwachungskommission fand im Frühjahre statt; leider bis heute ohne Resultat. Eine Eingabe bezüglich Ferienbewilligung hatte auch einen negativen Erfolg. Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß man uns, wie versprochen, in beiden Teilen in nächster Zeit entgegenkommt. Der Besuch der Versammlungen war sehr minimal; im Durchschnitte kaum 25 Proz. der Mitglieder. In den einzelnen Versammlungen wurden folgende Vorträge gehalten: Von welcher Seite droht unsern Bestrebungen innerhalb der Organisation Gefahr?, Die Bedeutung des 1. Mai, Die augenblickliche Lage, Die Rebellion in Berlin, Der Buchdrucker-Duden, Der Organisationsvertrag, Die Bedeutung der Kollegengesangvereine. Eine Bezirksversammlung fand in Neuß statt. Das Johannisfest erfreute sich eines guten Besuches. Das seit längern Jahren eingeführte „Korr."-Obligatorium wurde im Durchschnitte nur von 445 Mitgliedern wahrgenommen. Die Bibliothek umfaßt etwa 600 Bände. Die starke Inanspruchnahme derselben und der gute Besuch der Lesestunden muß in erster Linie auf die sorgfältige Auswahl und die praktische Einrichtung der Bibliothekare zurückgeführt werden. An Spartenvereinigungen bestehen am Orte: der Maschinensetzer-, der Maschinenmeister- und der Korrektorenverein, ferner die Vereinigung der Stereotypeure. Neugegründet wurde der Typographische Klub, welchem leider nicht das Interesse entgegengebracht wird, welches ihm gebührt. Ferner erfreute sich der Gesangverein Gutenberg einer größern Zunahme an Mitgliedern, was zur Hebung der Kollegialität nur beitragen wird. Dem Antrage Bonn: „Statt wie bisher auf je 50, auf je 75 Mitglieder einen Delegierten zum Gautage zu wählen", stimmte die Versammlung nicht zu; sie betrachtet vielmehr den nächsten Gautag hierin für zuständig.

-t.- **Freiberg** i. S. Ebenso interessant wie lehrreich gestaltete sich die Versammlung, die der Ortsverein Freiberg zum 16. Februar nach dem Saale von „Stadt Dresden" einberufen hatte, und zu der als Referent Kollege Krahl (Leipzig) gewonnen worden war. Wenn die Versammlung neben zahlreichen einheimischen Kollegen auch von vielen Vertretern des Bezirkes besucht wurde, so war zweifelsohne neben dem zeitgemäßen Thema: „Wie leisten wir richtige Gewerkschaftsarbeit?", Kollege Krahl selbst die Anziehungskraft. In nahezu zweistündiger,

formvollendeter Rede beleuchtete der Referent alle Phasen des gewerkschaftlichen Lebens, setzte dann seine kritische Lupe an verschiedenen Erscheinungen im Berufe und Gewerbe an, um schließlich den Anwesenden wohlmeinende Ratschläge und Fingerzeige für eine ersprießliche gewerkschaftliche Tätigkeit zu erteilen. Der lebhafte Beifall, der diesem Vortrage folgte, und die zustimmenden Worte von seiten mehrerer Kollegen waren wohl der beste Beweis dafür, daß man sich mit den Ausführungen des Kollegen Krahl völlig einverstanden erklärte. Nach einem kräftigen Hoch auf den Verband endete dann die Versammlung. In zwangloser Weise blieben die Kollegen noch bis zu später Abendstunde beisammen.

Dck. **Hamburg.** (Maschinensetzer.) In den Generalversammlungen vom 19. Januar und 16. Februar wurden 14 Kollegen aufgenommen. Den breitesten Raum nahm die Statutberatung ein. Hervorzuheben ist daraus folgendes: Der alte Titel „Norddeutscher Maschinensetzerverein" wurde wieder angenommen. Das Vereinsgebiet umfaßt die Gaue Hamburg-Altona und Mecklenburg-Lübeck, ferner ganz Holstein und vom Gau Hannover die in der Nähe Hamburgs liegenden Druckorte. Zu den vier Quartalsversammlungen kann jeder Ort mit bis zu zehn Mitgliedern einen Delegierten entsenden. Auf je weitere zehn Mitglieder entfällt ein Delegierter mehr. Die Juliquartalsversammlung darf nicht in Hamburg-Altona abgehalten werden. Der Beitrag beträgt monatlich 50 Pf. Arbeitslose Mitglieder erhalten beim Versammlungsbesuch 1 Mk. Zehrgeld. Die Normalmitgliedskarte, die sich nicht bewährte, wurde wieder abgeschafft. Statut und Mitgliedskarte werden wieder getrennt herausgegeben. Der alte Vorstand wurde mit einer Ausnahme wiedergewählt.

Hamburg-Altona. (Maschinenmeisterverein.) In einer äußerst lebhaften, bis nachts 1/2 2 Uhr dauernden Aussprache befaßte sich unsre letzte Monatsversammlung mit dem Konflikte zwischen Verbandsvorstand und Zentralkommission. Es wurde, als nicht im Interesse des Verbandes liegend bezeichnet, wenn kurz vor jeder Generalversammlung ein Konflikt zwischen einzelnen Verbandsbehörden ausbricht. Die Einigkeit und das Entgegenkommen, welches uns täglich in allen Tonarten gepredigt wird, sollte in den obern Regionen in höchster Reinkultur vorhanden sein. Weniger die pflichtgemäßen Beschlüsse des Tarifausschusses wurden kritisiert, als vielmehr die merkwürdig verschiedenen Auffassungen des Zustandekommens derselben. Die Preisfrage und Ursache dieser unerquicklichen Vorfälle, welche auch in der Erklärung des Verbandsvorstandes unerörtert geblieben: „Haben die Experten den Beschlüssen des Tarifausschusses zugestimmt oder nicht?", sei auch jetzt noch ungelöst. Das Tarifamt hätte besser getan, die in der Eingabe der Experten befindlichen Unrichtigkeiten öffentlich richtig zu stellen, statt vor Verwunderung sprachlos zu werden. Dem wurde anderseits erwidert, daß man wohl von einer Zustimmung der Experten reden könne, da sie in der fraglichen Tarifamtssitzung vom 17. Februar 1907 gegen die in dem Schlußresümee enthaltenen, später von den Experten aber beanstandeten Beschlüssen keinen Widerspruch erhoben. Diese Erklärung wurde als gänzlich neu bezeichnet. Protestiert wurde gegen die einseitige Behandlung dieser Angelegenheit auf der Gauvorsteherkonferenz, es sei nicht üblich, Beklagte unverteidigt zu verurteilen. Die Zentralkommissionen sollten es sich aber zur Pflicht machen, bei allen Meinungsverschiedenheiten mit den Tarif- oder Verbandsbehörden, bevor sie den Schritt in die Öffentlichkeit unternehmen, zunächst den Verbandsvorstand resp. die Gauvorsteherkonferenz zu Schiedsrichtern anrufen, wobei selbstverständlich die Zentralkommissionen gehört werden müssen. Daß die Versammlung mit den Folgeerscheinungen dieser Sache nicht einverstanden, bewies die vernichtende Kritik, welche der Würzburger Konferenz zuteil wurde. Das sei nicht der richtige Weg, um die Interessen unsrer Sparte im Rahmen des Verbandes zur Geltung zu bringen. Unsre Sache hat das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen, auf keinen Fall durfte der größte deutsche Maschinenmeisterverein, Berlin, von dieser Veranstaltung ausgeschlossen werden. Wir wollen alle tüchtige Mitglieder des Verbandes sein; mit Heimlichkeiten haben wir nichts gemein. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung mißbilligt die Würzburger Konferenz; dieselbe war nicht im Interesse der deutschen Maschinenmeistervereine gelegen." Über die Anträge zur Generalversammlung waren die Meinungen geteilt; einerseits bezeichnete man dieselben als den Anfang einer Zersplitterung. Man wies auf die Industrieverbände der Unternehmer hin, denen wir gleiche Verbände der Arbeiter entgegenstellen müßten. Die Sparten könnten außerhalb des Verbandes nicht das erreichen, was bei gegenseitigem guten Willen durch den Verband zu erringen jetzt möglich sei. Darüber hinaus gibt es nur Utopien. Anderseits bezeichnete man die angedeuteten Gefahren als übertrieben. Man solle nicht gleich das Schreckbild einer Zersplitterung an die Wand malen, wenn die Sparten eine bessere Vertretung in den verantwortlichen Verbandsbehörden wünschen. Wenn die Angehörigen einer Sparte eine sachverständigere Regelung ihrer Interessen für wünschenswert erachten, und für einen durch die veränderten Verhältnisse bedingten, notwendigen Fortschritt halten, so darf und wird unser Verband dadurch niemals Schaden leiden. Man möge bedenken, daß die Sparten neben der technischen Weiterbildung, die zur Erziehung der Kollegen zu tüchtigen Gewerkschaftlern so sehr notwendige Kleinarbeit und in der Agitation zur Gewinnung neuer Verbandsmitglieder Bedeutendes geleistet haben. Über das Für und Wider dieser Anschauungen wurde noch lange debattiert, schließlich lehnte die Versammlung sämtliche Anträge der Zentralkommissionen ab und beschloß folgenden Antrag der Gauversammlung zur Annahme zu empfehlen: „Die Zahl der Beisitzer zum Verbandsvorstand ist um sechs Personen zu erhöhen." Mit dem beigefügten Wunsche, der Berliner Gau möge die Obmänner der Zentralkommissionen als Beisitzer in den Verbandsvorstand entsenden. Das Rundschreiben Nr. 23 der Zentralkommission wurde vor Beginn der Aussprache verlesen.

Heidelberg. Die am 16. Februar abgehaltene ordentliche Hauptversammlung war von 90 Mitgliedern (Heidelberg 78, Ahelsheim 2, Mosbach 5, Neckargemünd 1, Sinsheim 1, Tauberbischofsheim 3) besucht. Nach Genehmigung von drei Aufnahmegesuchen erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht für das Vereinsjahr 1907, das als ein ruhiges bezeichnet werden kann. Höchster Versammlungsbesuch 63, niedrigster 34, im Durchschnitt 45. Um die Versammlungen interessanter zu gestalten, fanden in einigen durch die beiden Vorsitzenden belehrende Vorträge über die soziale Gesetzgebung statt, während am 7. Dezember Gauvorsteher Fuhs über den Organisationsvertrag sprach. Der Mitgliederstand betrug am Jahresschluß 120, gegen 109 des Vorjahres. Ausgeschlossen wurden drei Mitglieder: der Drucker Fritz Köhler und der Setzer Jos. Chovanetz wegen Resten, der Setzer Otto Rochowski aus andern Gründen. Hieran schloß sich die Rechnungsablage der Bezirks- und der Zuschußkrankenkasse, welch letztere ein befriedigendes Ergebnis aufwies, während für die Bezirkskasse eine Beitragserhöhung von 15 auf 20 Pf. pro Woche sich als notwendig erwies. Sodann erfolgte die Stellung von Anträgen zu dem an Ostern in Kaiserslautern stattfindenden Gautage sowie zur Generalversammlung des Verbandes. Zu ersterm wurden zwei, zu letzterer zehn Anträge gestellt. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten interner Natur schritt man zur Neuwahl des Bezirksvorstandes, die nur hinsichtlich des zweiten Vorsitzenden, des Bibliothekars und eines Revisors eine Veränderung brachte. Mit der Mahnung an die Mitglieder, auch fernerhin ihrer Pflichten eingedenk zu sein, schloß der Vorsitzende nach einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung.

-x- **Jauer** i. Schl. Nun hat auch unser Ort seine „Tarifbewegung" gehabt, und die bisher dem Tarife noch fernstehenden Druckereien Buresch („Jauersches Stadtblatt") und Dettmann („Tageblatt") haben sich zur Tarifanerkennung entschlossen. Damit wären nun sämtliche hiesigen Druckereien dem Tarife gewonnen. Daß die Tarifanerkennung dieser beiden Firmen nicht eher geschah, lag an der Untätigkeit der Bündler, die zu einem Vorgehen nicht zu haben waren und erst kurz vor Weihnachten aus den bekannten Gründen dazu sich wohl oder übel entschließen mußten. Es fand auf Veranlassung unsers Bezirksvorstandes und des Bündlervertreters Albrecht (Schweidnitz) eine Versammlung der hiesigen Buchdrucker statt, unter denen sich auch noch einige „Wilde" befinden, die zu dem Beschluß eines gemeinsamen Vorgehens führte. Während bei Buresch ein Verbandsmitglied und ein Bündler namens der Gehilfen die Tarifeinführung in einer persönlichen Unterredung forderten, konnten sich die Bündler bei Dettmann zu gleichem nicht entschließen, sondern ließen es ihrem Schweidnitzer Vertreter schriftlich tun. Aufgabe unsrer Mitglieder wird es nun sein, dafür zu sorgen, daß der Tarif auch in allen seinen Teilen innegehalten wird. — In unsrer letzten Mitgliederzusammenkunft verabschiedete sich unser bisheriger Vertrauensmann, Kollege Wiedemann, und es wurde ihm der Dank für seine mehrjährige pflichtgetreue Funktion ausgesprochen; an seine Stelle wurde Kollege Hübner gewählt. Beschlossen wurde, mit den Liegnitzer Kollegen einige Anträge zur Generalversammlung zu stellen, und zwar betreffend Aufhebung der obligatorischen Gau- usw. Zuschußkassen unter entsprechender Erhöhung der Verbandsunterstützungen bei gleichzeitiger Zuführung der Gau- usw. Beiträge an die Zentralkasse zum Zwecke der Verallgemeinerung der Umzugskosten an Verheiratete, der Beschickung der Unterrichtskurse der Generalkommission durch den Verband und der Bereitstellung größerer Mittel zur innern Agitation. Sonst wäre nichts besonderes von unserm Orte zu melden.

Königsberg (Pr.) Der Maschinenmeisterklub Ostpreußen hielt hierselbst im Laufe des Monats Januar seine ordentliche Generalversammlun gab, an welcher sich neben einer stattlichen Zahl hiesiger Kollegen und Delegierter aus den Städten Memel, Tilsit und Insterburg auch unsre Verbandsfunktionäre, Gauvorsteher Reißner nnd Ortsvorsteher Wassel, sowie Vertreter der übrigen hier bestehenden Spartenvereine beteiligten. Aus dem vom Vorsitzenden Schulz, erstatteten Jahresberichte konnte man entnehmen, daß der Klub sich auch im verflossenen Jahre recht rege am Vereinsleben betätigt hat und das Interesse seiner Mitglieder an allen Berufsfragen ein lebhaftes genannt werden kann. Durch den Wieder- resp. Neueintritt der Kollegen in Tilsit und Memel hat der Mitgliederstand eine erfreuliche Zunahme erfahren, derselbe ist von 34 am Beginne des Jahres 1907 auf 52 bis zum Jahresschlusse gestiegen. Die tarifliche Lage kann hier, wie auch in Tilsit und Memel, als zufriedenstellend bezeichnet werden, obwohl es nach Eintritt des neuen Tarifs sehr schwer hielt, in einigen hiesigen kleinern Betrieben unsern Sonderbestimmungen die notwendige Anerkennung zu verschaffen. Ein recht trübes Bild entrollte der Delegierte aus Insterburg über die Zustände in den dortigen Druckereien. Von den fünf vorhandenen ist nur die kleinste tariftreu, während die weitern vier, durchweg größern und mittlern Umfanges, sich zu tariflicher Anerkennung nicht aufschwingen können resp. wollen. Dadurch sind unsre im Verbande organisierten Kollegen gezwungen gewesen, ihre oft langjährigen Positionen in diesen Betrieben aufgeben zu müssen, so daß unsre Sparte dortselbst nur noch durch einen Kollegen vertreten ist. Bemerkt sei noch, daß unsre Sparte im Gau- und Ortsvorstande durch zwei, im hiesigen Tarifschiedsgericht durch einen Kollegen vertreten ist. Im Anschluß an die Generalversammlung fand unser Winterfest statt, welches unter reger Teilnahme aller hiesigen Kollegenkreise den üblichen Verlauf nahm. — Unsre am 9. Februar abgehaltene ordentliche Monatsversammlung hatte sich wiederum eines recht zahlreichen Besuches zu erfreuen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung betraf Stellung von Anträgen zur Generalversammlung in Köln. Dieselben waren von der Zentralkommission formuliert nnd fanden nach längerer eingehender Diskussion unter vorheriger Begründung durch den Vorsitzenden die Zustimmung der Versammlung. Allseitig wurde anerkannt, daß die Spannung, welche sich in jüngster Zeit zwischen unserer Zentralkommission nnd dem Zentralvorstande herausgebildet hat und demselben Veranlassung zu der bekannten Erklärung im „Korr." gegeben hat, sehr bedauerlich wäre und daran der Wunsch geknüpft, daß es der bevorstehenden Verbandsgeneralversammlung gelingen möge, in der Spartenfrage eine günstige Lösung herbeizuführen zum Wohle für alle Teile. Die Versammlung nahm ferner Kenntnis von der Aufnahme von drei Kollegen in Braunsberg in unsern Klub. Hierbei wurde angeregt, unsre Spartenkollegen in Allenstein für denselben zu interessieren. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, die dortigen Kollegen zu veranlassen, unsrer Sache näherzutreten. Unser Vorsitzender, Kollege Schulz Alexanderstraße 3, ist gern bereit, denselben jede gewünschte Auskunft über Zweck und Ziel der Spartenvereinigungen zu geben.

Leer. Die am 15. Februar abgehaltene Jahresversammlung unsers Ortsvereins war von fast allen Kollegen besucht. Aus dem Jahresberichte konnte man ersehen, daß die tariflichen Verhältnisse hier am Orte zufriedenstellend sind; es befindet sich hier nur noch die Firma Leendertz, welche den Tarif nicht anerkannt hat. Der Mitgliederstand schwankte zwischen 15 und 22, denen noch 15 Nichtmitglieder gegenüberstehen. Alle Versuche, diese Leute aus ihrem Indifferentismus aufzurütteln, waren erfolglos; der Verband ist ihnen gut genug, für sie die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die gewerkschaftliche Betätigung unsrer Mitglieder ist um ein gut Stück vorwärts geschritten, hoffen wir, daß es so fort geht. Die Ortskasse schließt mit einem kleinen Überschuß ab. Unter „Wahlen" wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Der von dem Kartellbelegierten erstattete Bericht wurde beifällig aufgenommen. Sodann beschäftigte sich der Ortsverein noch mit der Tagesordnung zu der am 1. März in Aurich stattfindenden Bezirksversammlung.

Remscheid. Unter zahlreicher Beteiligung nicht nur der hiesigen, sondern auch vieler auswärtiger Kollegen feierte der Ortsverein am 15. Februar sein 14. Stiftungsfest, verbunden mit der Feier der 25jährigen Verbandsangehörigkeit des Kollegen Adolf Himmelmann. Gauvorsteher Graßmann, der an diesem Abend unter uns weilte, hielt eine beifällig aufgenommene Festrede. Er hob zum Schlusse die Verdienst edes Jubilars um den Bezirk hervor. Nach Überreichung von Geschenken seitens des Bezirkes sowie der einzelnen Ortsvereine und nach herzlichen Dankesworten unsers Jubilars ging es zum gemütlichen Teil über, dem sich zum Schlusse der obligate Tanz anreihte. Es war schon heller Tag, als die letzten sich trennten mit dem Bewußtsein, ein echt kollegialisches Fest verlebt zu haben.

Spaichingen. Am 15. Februar hielt, etwas verspätet, die hiesige Mitgliedschaft ihre Generalversammlung ab. Der hiesige Mitgliederstand beträgt gegenwärtig zwölf. Unter anderm wurden die Stuttgarter Anträge zur Generalversammlung durchbesprochen, von denen besonders diejenigen, die Beseitigung von Kost und Logis beim Prinzipal wünschen, sowie solche, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze bezwecken, die Zustimmung der Mitglieder fanden. Besonders wurde aber der Antrag Dengler, der den „Korr." in technischer Beziehung ausbauen will, sowie ein Antrag betreffend Bekämpfung der Wohnungsnot zur Annahme empfohlen. Der seitherige Vertrauensmann wurde wiedergewählt.

Rundschau.

Waschzettel über den Gutenbergbund scheinen mit einer gewissen Absicht jetzt gerade in solche Blätter lanciert zu werden, von denen es feststeht, daß deren Besitzer oder Leiter herzlich wenig für diese Außenseiter übrig haben. Erst kürzlich brachten wir die Mitteilung von einer solchen, in der „Sozialen Praxis" enthaltenen Notiz, welche bekanntlich ihrer Meinung über den edlen Bund immer in sehr eindeutiger Weise Ausdruck verlieh. In diesem Falle lag also eine Unvorsichtigkeit irgend einer in der Redaktion dieser Wochenschrift beschäftigten Person vor, andernfalls die Hymne auf den Gutenbergbund ja eine Desavouierung wäre, wie sie im Buche steht. Jetzt entdecken wir auch in dem im Verlage der Firma J. P. Bachem erscheinenden „Kölner Lokalanzeiger" diese auf Hoffäßsche Überhebung und Wahrheitsliebe zurückzuführende Notiz. Allerdings in einer Umarbeitung, die für den Bund nicht gerade schmeichelhaft ist. Es heißt nämlich im Schlußsatze: „Der Gutenbergbund wird nicht eher ruhen, bis alle Druckereien, in denen seine Mitglieder arbeiten, tariftreu sind." Daß damit weitgehenden Kom-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg. | Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich. | Leipzig, den 25. Februar 1908. | Anzeigen kosten: die Nonpareillezeile 25 Pf.; Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf. | Nr. 23.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

binationen, welche die Tariftreue des Bundes in einem andern als dem schönfärberischen Hoffäßschen Lichte erscheinen lassen, Tor und Tür geöffnet wird, dürfte zuzugeben sein. Was von solchen, in Form von Waschzetteln den Redaktionen zugehenden Notizen zu halten ist, wissen wohl Zeitungsmenschen — und das ist sehr, sehr wenig. Man ist eben froh, Spaltenfutter damit zu erhalten; was für einen geplagten Zeitungsmenschen bekanntermaßen eine große Erleichterung ist. Die Leser aber sind zu bedauern, denn sie werden fast immer durch solche „aufklärende" Notizen falsch informiert; deshalb verzichten wir auch gern auf Zuschriften, die für irgend eine Sache eine durchsichtige Reklame bedeuten. Inwieweit bei dem „Kölner Lokalanzeiger" Versehen oder Absicht bei Aufnahme der Hoffäßschen Verherrlichung des Gutenbergbundes in Betracht kommen, vermögen wir nicht zu sagen, bezeichnend ist die Veröffentlichung jedoch auf alle Fälle. Wollen die Redaktionen solcher Blätter wirklich objektiv ihr Lesepublikum über die Vorgänge in der Arbeiterbewegung unterrichten, müßten sie auch die vom „Reichsarbeitsblatt" veröffentlichten Ausweise über den Stillstand des Gutenbergbundes einerseits und den starken Aufstieg des Verbandes gerade im verflossenen Jahre anderseits veröffentlichen. Dann vermag sich jeder selbst ein objektives Urteil zu bilden. So aber stehen die Dinge so, daß der „Typograph" sich hartnäckig über den im letzten Quartale für den Bund eingetretenen Rückgang ausschweigt, ebenso den Angehörigen des Bundes Schlappen, wie in Potsdam usw., nicht bekannt gibt, durch die Tages- und Zeitschriftenpresse aber der großen Öffentlichkeit mit allen möglichen resp. unmöglichen Erfolgen des Bundes Sand in die Augen streut. Wie überhaupt Blätter von Firmen, deren Inhaber dem Deutschen Buchdruckervereine angehören, sich zur Beweihräucherung des unrühmlichst bekannten Gutenbergbundes hergeben können, ist uns unbegreiflich.

Zu der Abänderung des Organisationsvertrages nahm auch die kürzlich in Berlin abgehaltene dritte „Hauptversammlung" unsers Scharfmacherverbändchens Stellung. Wir haben schon früher mitgeteilt, daß sich dessen Sprachrohr eines großen Sieges rühmte, dann aber durchblicken ließ, wie wenig zufrieden man unter den Zelten der Organisations- und Tariffeinde mit dieser Wendung der Dinge ist. Die sogenannte Hauptversammlung ließ einen noch größern Pessimismus erkennen. Zwar tat man sich nicht wenig zugute, die geschehene Abänderung als eine Folge seiner so friedfertigen Wirksamkeit zu bezeichnen, man „war aber auch ebenso einmütig der Ansicht, daß das ‚Korrespondenzblatt der Generalkommission' Recht habe mit seiner Erklärung: ‚Der Kern der Sache bleibt'." Das ist doch wahrlich ein recht zweifelhafter Sieg, der zum Schlußergebnis hat: Eigentlich ist nichts erreicht. Diese Auffassung sollte für diejenigen Kollegenkreise belehrend sein, die unverständlicherweise meinen, vor dem schwindsüchtigen Gebilde Gutenbergbund wäre Respektsverbeugung gemacht worden. Wir tragen noch unsern frühern Nachrichten über das neueste Scharfmacherkonzil nach, daß mit einer neuen „Denkschrift" der Wahrheit einmal wieder Gewalt angetan werden soll, und daß es mit dem Berappen, von einigen — natürlich dicke aufgetragenen Ausnahmen abgesehen — bei den Arbeitgeberverbändlern nicht am besten aussieht. Was ja auch zu begreifen angesichts ihrer Zugeknöpftheit dem Tarife gegenüber.

Wie Prinzipale bisweilen Gehilfen suchen, zeigen zwei in den letzten Tagen aufgefischte Anzeigen. Im „Dortmunder Generalanzeiger" war ein Inserat zu finden, was an Unverfrorenheit wohl das schlimmste leistet. Es lautet wörtlich: „Tüchtig. Schriftsetzer sofort gesucht. Nur solche Herren, die auch Montags und nüchtern erscheinen, wollen sich melden. Buchdruckerei Karl Neumetzler, Brüderweg 20." Entweder hat Neumetzler (ein ehemaliger Buchdruckereihilfsarbeiter) mit seinem bisherigen Gehilfen — einem N.-V. — Montags einen schweren Stand gehabt, oder aber der Montag ist für Neumetzler selbst der kritischste Tag in der Woche. Weshalb der Gehilfe dann um so mehr auf dem Damme sein muß, damit im Geschäfte nicht „alle Räder still" stehen und die Kundschaft wenigstens ein Lebewesen im unterhandlungsfähigen Zustande vorfindet. — Ein andrer, in einem Fachblatt unter Chiffre annoncierender Prinzipal ist nicht ganz so „anspruchsvoll". Er macht nur zur Bedingung: „Zugvögel" wollen sich nicht melden. Da aber sein Tabellensetzergesuch schon mehreremale erschien, muß es wohl überhaupt niemand nach seiner Pfründe ziehen. Wenn Gehilfen sich solche „Randbemerkungen" in ihren Konditionsgesuchen erlauben würden, könnte man auf Prinzipalsseite genug Entrüstung vernehmen. Und das mit Recht!

Eine große Blamage für Alexander Tille brachte die von ihm gegen den Oberbürgermeister Feldmann in Saarbrücken angestrengte Beleidigungsklage. Tille hatte schwere Angriffe gegen Feldmann gerichtet, die dieser mit der Äußerung in öffentlicher Stadtverordnetensitzung quittierte, der Verfasser der in der „Südwestdeutschen Wirtschaftskorrespondenz" gegen ihn gerichteten Angriffe müsse es sich gefallen lassen, ein „ehrloser Bube" genannt zu werden. Der Gewaltmensch Tille wandte nun die Methode an, erst einmal die Verjährungsfrist für die von ihm gegen Feldmann geschleuderten Angriffe eintreten zu lassen, dann ging er aber später hin, erklärte dem Gerichte, er habe erst drei Monate nach der ihm gewordenen Beleidigung davon Kenntnis erhalten — Tille, der am Ort ansässig und auch Zeitungsmann ist! —, worauf die Beleidigungsklage statthaft war. Aber der schlaue Tille konnte noch wegen einer Zeitungsberichtigung belangt werden, die nicht verjährt und ebenfalls beleidigend für den Oberbürgermeister war. Dieser erhielt wegen der gewiß gepfefferten Bezeichnung Tilles als ehrloser Bube nur 60 Mk. Geldstrafe, Tille im Wege der Widerklage 30 Mk. Die öffentliche Meinung steht aber auf seiten Feldmanns, während die das Zepter in der Handelskammer Saarbrücken führenden Großindustriellen nun wohl über ihren Syndikus, dem sie seine Messiasrolle für das Buchdruckgewerbe bereits genommen haben, noch bedenklichere Ansichten gewinnen werden. Der „Typograph" wird vielleicht für seinen ehemaligen Beschützer Trauerrand anlegen.

Die deutschen öffentlichen Bibliotheken als Bücherabsatzgebiet finden im Jahrbuche der deutschen Bibliotheken eine Bewertung. Für 1906/07 werden darin Angaben über die Aufwendungen von 36 größere Bibliotheken für Bücherankäufe gemacht. Insgesamt wurden 901036 Mark für diesen Zweck verausgabt. Die Königliche Bibliothek in Berlin ist darunter mit 108302 Mk. verzeichnet, einer doppelt so hohen Summe, wie sie die übrigen größeren Bibliotheken für Anschaffungen aufzuweisen hatten. Da die große Zahl von Pflichtexemplaren und geschenkten Büchern sich meist in ungebundenem Zustande befinden, so beanspruchen die Buchbinderkosten noch einen nicht unbeträchtlichen Teil von der Gesamtausgabe. Für 1906/07 waren es 220135 Mk., die auf diese Weise von der Gesamtausgabe von 901036 Mk. noch in Abzug kommen. Man wird nicht sagen können, daß die den öffentlichen Bibliotheken zur Verfügung gestellten Mittel zu groß sind.

Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, begangen durch Herausgabe und Verbreitung einer Broschüre des holländischen Anarchistenführers Nieuwenhuis, brachten einem Berliner anarchistischen Redakteur 1½ Jahr Gefängnis, einem Gesinnungsgenossen desselben zwei Wochen Gefängnis als Strafe ein. Weitere Angeklagte wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Ein außerordentlich hohes Strafmaß wurde ferner gegen einen Beamten des Metallarbeiterverbandes in Elbing gefällt. Der Angeklagte hatte in drei Flugblättern und in einem Vortrage an Mißständen, die in dem Betriebe der dortigen Firma Schichau vorhanden sind, Kritik geübt und namentlich die schlechten Löhne, lange Arbeitszeit und die zahlreichen Unfälle hervorgehoben. Durch Zeugen wurde wohl festgestellt, daß schlechte Löhne (18 und 22 Pf. pro Stunde) gezahlt werden, auch überlange Arbeitszeit kam vor, u. a. hat ein Zeuge häufig die Nacht über und sogar bis 36 Stunden arbeiten müssen, andre Zeugen dagegen erklärten sich für völlig zufrieden. Das Gericht erkannte auf nicht weniger als sechs Monate Gefängnis. Der mitangeklagte Redakteur der freisinnigen „Altpreußischen Zeitung" (Petzoldscher Verlag), der einen Bericht über den Vortrag Früngels veröffentlicht hatte, wurde zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Nach dem amtlichen Wahlresultate haben die freien Gewerkschaften bei der Gewerbegerichtswahl in Mülheim a. Rh. noch besser abgeschnitten, wie in Nr. 21 mitgeteilt. Sie haben nämlich sechs Sitze errungen, während die Christlichen sich mit vier begnügen müssen.

Die Ortskrankenkassenwahlen in Kempten ergaben für beide Parteien eine fast gleiche Stimmenzahl. Die Kandidaten der freien Gewerkschaften erhielten nämlich 690, die Christlich-Nationalen 633 Stimmen. Mithin entfallen auf erstere 28, auf letztere 26 Vertreter.

Die Beschwerde des Gewerkschaftskartells in Schmölln gegen den dortigen Amtsrichter Schuster, der in einer Urteilsverkündung ausführte, einem organisierten Arbeiter komme es selbst auf einen Meineid nicht an, ist vom altenburgischen Ministerium dahin beantwortet worden, daß im Dienstaufsichtswege gegen Erwägungen des Gerichtes bei der Urteilsfindung nichts unternommen werden könne, da verfassungsgemäß ein Gericht nach freiem Ermessen entscheide und sein Urteil begründe. Das Ministerium gibt jedoch seiner Ansicht über die beleidigende Auffassung des genannten Richters in folgendem Ausdruck: „Wir erkennen aber mit dem Gewerkschaftskartell an, daß der angefochtene Teil der Begründung des schöffengerichtlichen Urteils, auch in seiner vorstehend festgestellten Einschränkung und trotz seines engen Zusammenhanges mit einer einzelnen Zeugenaussage, geeignet ist, den organisierten Teil der Schmöllnschen Arbeiterschaft zu verletzen. Nach unsrer Auffassung hätte sich eine solche, vom Schöffengerichte und seinem Vorsitzenden nicht beabsichtigte Verletzung vermeiden lassen." Ein Rüffel also, und zwar ein verdienter, trotz Wahrung der Unantastbarkeit richterlichen Ermessens.

57 Protestversammlungen gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf fanden am 16. Februar im Ruhrgebiete statt. Die Versammlungen erklärten ferner den Arbeitskammergesetzentwurf für „einen unglaublichen, ungeschickten, ja frevelhaften Versuch, der Arbeiterschaft eine Standesvertretung vorzutäuschen".

Einen neuen Vorstoß in der Arbeitslosenversicherungsfrage unternahm die sozialdemokratische Fraktion des bayrischen Landtages mit folgendem Antrage: „Es sei die Staatsregierung zu veranlassen, dem Landtage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Vereine (Gewerkschaften), die bei eintretender Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern statutenmäßig Unterstützung gewähren, einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhalten." Dieser Antrag deckt sich mit den vom Stuttgarter Gewerkschaftskongresse beschlossenen Systeme der Arbeitslosenunterstützung. Bekanntlich ist aber bis jetzt nur von der Stadt Straßburg i. E. ein solcher Versuch von Kommune wegen unternommen worden.

Die Einwanderung italienischer Arbeiter hat schon jetzt und trotz der in Deutschland in nicht unerheblichem Maße herrschenden Arbeitslosigkeit begonnen. Tagtäglich kommen Hunderte mit Sonderdampfern von Bregenz in Konstanz an. Das Reiseziel ist Mannheim-Köln und Straßburg-Metz. Auffällig ist, daß die Leute immer mehr mit der ganzen Familie eintreffen.

Staatsbeihilfe für die alkoholgegnerischen Bestrebungen will der Hamburger Senat insofern gewähren, als er jetzt beantragt hat, dem Deutschen Vereine gegen den Mißbrauch geistiger Getränke für die Jahre 1908 bis 1910 eine Staatsunterstützung von jährlich 500 Mark zu überweisen und den Betrag der Unterstützung für 1908 mit 500 Mk. nachträglich in das Staatsbudget einzustellen. Ferner wird beantragt, daß der Hamburger Baugenossenschaft für Guttemplerlogenhäuser für die Jahre 1908 bis einschließlich 1912 eine Staatsunterstützung von jährlich 4000 Mk. gewährt und der Betrag der Unterstützung für 1908 mit 4000 Mk. nachträglich ebenfalls in das Staatsbudget eingestellt werde.

Eingänge.

Sozialreform für die Bureauangestellten. Denkschrift des Zentralvereins der Bureauangestellten Deutschlands an den Reichstag und den Bundesrat. Verlag: Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands, Berlin, Schmidstraße 33. Preis 30 Pf.

Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. Von Karl Kautsky. Neue Ausgabe der Klassengegensätze von 1789. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinsausgabe von 50 Pf. Verlag: J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart.

Briefkasten.

A. Sch. in Dortmund: Ist gänzlich ausgeschlossen. Wenn ich die Referate alle halten sollte, die „im Anschluß an die Generalversammlung" von mir verlangt werden, käme der Herbst heran. Ich habe mich bereits für mehrere Orte gebunden, so daß ich leider alle ähnlichen Anliegen unberücksichtigt lassen muß. R. — L. in Neunkirchen: In nächster Nummer. — ???: „Die Buchführung im Buchdruckereigewerbe" von Prof. Eug. Schigut in Wien. 3 Mk. Gegen Voreinsendung des Betrages zu beziehen durch Richard Härtel, Leipzig-Reudnitz, Kohlgartenstraße 48.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11101.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für:

Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speichergasse 29.

Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue de Tunnel 1.

Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro.
Österreich: F. Reifmüller, Wien VII/1, Ziegler-gasse 25.
Ungarn: Julius Peidl, Redakteur der „Typographia", Budapest VI, Hunyadi-tér 3, I.
Kroatien: Ludwig Wieser, Präsident des Kroatischen Buchdruckervereins, Agram, Primorska ulica 2.
Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Milizagasse 3.
Bulgarien: St. Jakimoff, Sofia, Staatsdruckerei.
Rumänien: G. Jonescu, Bukarest, Boulevard Carol I. Nr. 1 (Bursa Muncei).
Bosnien: Franz Stepanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post".
Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocefisso 15.
Frankreich: A. Keufer, Paris 6e, Rue de Savoie 20.
Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstrasse 7.
Belgien: W. Sarhage, Bruxelles, Place de la Duchesse 6.
Holland: P. Hols, Amsterdam, Kloveniersburgwal 56.
Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybrogade 12.
Norwegen: Ole O. Lian, Kristiana Storgaden 20.
Schweden: Svenska Typografförbundets Expedition, Stockholm, Jakobsgatan 22a.
Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltasaari 6-8.
Berlin. **Der Verbandsvorstand.**

Leipzig. Dienstag, den 25. Februar, gelangen die Stimmzettel und Kuverts zur Wahl des Gauvorstandes zur Ausgabe. Als Wahltag ist Freitag, der 6. März, angesetzt. Die Ablieferung der Stimmzettel hat bis Sonnabend, den 7. März, zu erfolgen. Die öffentliche Auszählung der Stimmzettel findet Sonntag, den 8. März, vormittags 10½ Uhr, im Restaurant Rohm, Johannisgasse, statt.

Ravensburg. Der Setzer Ernst Link aus Ludwigsburg wird ersucht, seinen restierenden Beitrag von 1,60 Mk. unverzüglich an den Vertrauensmann Karl Buchmüller, Adlerstraße 33, gelangen zu lassen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Bezirk **Düsseldorf.** Vorsitzender: Heinrich Born, Schwanenmarkt 15, II; Kassierer: Walter Krone, Arndtstraße 13, II.

Bezirk **Elberfeld.** Vorsitzender: Heinr. Marschall, Humboldtstraße 53, II; Kassierer: Aug. Peus, Maximilianstraße 8.

Augsburg. (Maschinensetzerklub.) Vors.: E. Bopp, Reisinger Straße 25.

Bonn. (Bezirks- und Ortsvorstand.) Vorsitzender: Th. Baldus, Bonn W, Burggartenstraße 14; Bezirkskassierer: Jean Omes, Alter Heerweg 8; Ortskassierer: Daniel Trablé, Adolfstraße 53, II.

Hamburg. (Norddeutscher Maschinensetzerverein.) Vorsitzender: E. Zimmermann, Hamburg 5, Hohe Str. 21, II; Kassierer: W. Ganter, Hamburg 22, Ortrudstraße 2, I.

Karlsruhe. (Ortsverein.) Vorsitzender: C. Schäffer, Karlsruhe-Beiertheim, Cäciliastr. 4, II; Kassierer: W. Hof, Luisenstraße 53, IV.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Bonn die Drucker 1. Peter Kuhl, geb. in Endenich b. Bonn 1876, ausgel. in Bonn 1894; war schon Mitglied; 2. Johann Schlömer, geb. in Lengsdorf bei Bonn 1884, ausgel. in Bonn 1901; war noch nicht Mitglied. — In Koblenz der Drucker Franz Kröll, geb. in Engers a. Rh. 1889, ausgel. in Koblenz 1907; war noch nicht Mitglied. — In Neuwied a. Rh. der Drucker Wilh. Keßler, geb. in Sachsen-Meiningen 1875, ausgel. in Erfurt 1893; war schon Mitglied. — Th. Baldus in Bonn, Burggartenstraße 14.

In Düsseldorf die Setzer 1. Jakob Cordowinus, geb. in Düsseldorf 1888, ausgel. das. 1905; 2. Otto Ortel, geb. in Hettstedt 1884, ausgel. das. 1901; die Drucker 3. Karl Mühlberger, geb. in Neuß 1888, ausgel. in Düsseldorf 1908; 4. Kornelius Kreuzer, geb. in Glabbach 1888, ausgel. in Düsseldorf 1908; waren noch nicht Mitglieder; 5. Walter Kämmerling, geb. in Schaan (Kr. Grevenbroich) 1882, ausgel. in Metz 1901; war schon Mitglied. — In Neuß der Setzer August Terwei, geb. in Ochtrup 1888, ausgel. in Kösfeld 1906; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Born in Düsseldorf, Schwanenmarkt 15, II.

In Gardelegen der Setzer Heinrich Ude, geb. in Ellierode (Braunschweig) 1877, ausgel. in Northeim i. H. 1897; war schon Mitglied. — Reinh. Herwig in Magdeburg, Westerhüserstraße 1.

In Lauterbach die Setzer 1. Johannes Hedrich, geb. in Schalke (Westf.) 1876, ausgel. in Lauterbach 1898; 2. Karl Schopbach, geb. in Alsfeld 1882, ausgel. das. 1900; waren schon Mitglieder; 3. Konrad Meinhardt, geb. in Lauterbach 1889, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied; 4. der Schweizerdegen Hermann Hahn, geb. in Schönebeck a. E. 1884, ausgel. das. 1902; war schon Mitglied. — A. Holland in Gießen, Schulstr. 11, II.

Versammlungskalender.

Groitzsch-Pegau. Versammlung Sonnabend, den 29. Februar, abends 8½ Uhr, in der „Börsenhalle" zu Pegau.

Lörrach. Bezirksversammlung Sonntag, den 7. März, in Lörrach. Näheres durch Zirkular.

Neustrelitz (Bezirk Südost-Mecklenburg). Bezirksversammlung Sonntag, den 1. März, vormittags 9½ Uhr, im Lokale des Kollegen Brockmann („Brauner Hirsch").

Für Anfänger!
Wenig gebr. Buchdruckereieinrichtung unter guten Konditionen abzugeben. Anfragen unter K. H. 1012 postl. Offenbach a. M. erb. [322

Typographsetzer
flott und zuverlässig arbeitend und mit der Maschine gut vertraut, wird **sofort** gesucht.
Nauckſche Buchdruckerei [439
Berlin S 14, Stallschreiberstraße 5.

Typographsetzer
mit mehrjähriger Praxis, möglichst verheiratet, für Werksatz in dauernde Stellung gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erb. an **Julius Beltz**, Hofbuchdr., Langensalza.

Für eine große Tageszeitung der Provinz wird ein tüchtiger
Setzer-Stereotypeur
gesucht, der perfekt im Fertigmachen der Platten ist. Werte Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche und des Alters unter Beifügung von Zeugnisabschriften unter H. 2899 **an Haasenstein & Vogler**, A.-G., Berlin, erb.

Schweizerdegen
der feinsten Illustrations- und Akzidenzdruck an der
Tiegeldruckpresse
vollständig selbständig ausführt, bei guter Bezahlung in dauernde Stellung, **Berlin**, gesucht, eventuell sofort. Werte Offerten mit Lohnansprüchen unter J. N. 7903 befördert **Rudolf Mosse**, Berlin SW. [427

Tüchtige
Schriftgießer
für Fouchermaschine sofort gesucht von
Genzsch & Heyse, Hamburg. [438

Tüchtiger Höhefräser
findet dauernde Stellung in der [429
Schriftgießerei Flinsch, Frankfurt a. M.

Tüchtige Galvanoplastiker
in dauernde, angenehme Stellung gesucht.
Hannoversche Klischeefabrik
431] **Grelle & Moll**, Hannover.

Filztuch echt englisch u. Ia deutsch für Rotation und Schnellpressen. Ia **Molesskin** und alle andern gangbaren Zylinderbezüge bei [207
H. Andressen & Sohn, Hamburg.

Jüngerer
Galvanoplastiker
auf sofort gesucht. [425
Lauterjung & Hautzel, Solingen.

Per sofort tüchtiger
Galvanoplastiker
(Präger) gesucht. [437
J. Ch. Zanker, Nürnberg.

Werkmeister
sucht als solcher oder als Tabellen- u. Katalogsetzer sich mit **Leipzig** zu verändern. Eintritt acht Tage nach Engagement. Werte Offerten erbeten unter B. N. 444 an die Geschäftsst. d. Bl.

Tüchtig. Messinglinienhobler
gewissenhafter Arbeiter, welcher im Bild- und Höhehobeln sowie in allen Zweigen der Messinglinienfabrikation vollständig vertraut ist, sucht dauernde Stellung. Werte Offerten unter L. 1977 erbeten an **Haasenstein & Vogler**, A.-G., Leipzig.

Anhang zum Tarife
von **Konrad Eichler**, Leipzig, Salomonstr. 8.
Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie der Herausgeber entgegen.

auf Erden versendet
Franz Sander
aus **Verden. 4.**
Direkter Verkauf ans Publikum, daher beste Qualitäten enorm billig!
„Alter Cognac Sander"
1 Stern à Fl. M. 1,50, 12 Fl. franko u. incl. Probekisten = 3 Fl. für 5 Mk. franco und inclusive geg. Nachnahme.

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER
Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellungen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13—17.

Das Deutsche Buchdruckerliederbuch sollte wegen seiner vielseitigen Verwendbarkeit im Besitz eines jeden Verbandsmitgliedes sein. 2. Auflage. Verlag: **Radelli & Hille**, Leipzig.

Leipzig.

Dienstag, den 25. Februar, gelangen die Stimmzettel und Kuverts zur Wahl des Gauvorstandes zur Ausgabe. Als Wahltag ist

Freitag, der 6. März

angesetzt. Die Ablieferung der Stimmzettel hat bis Sonnabend, den 7. März zu erfolgen. Die öffentliche Auszählung der Stimmzettel findet Sonntag, den 8. März, vormittags 10½ Uhr, im Restaurant Rohm, Johannisgasse, statt.

Der Gauvorstand.

Jeder kann sein
Einkommen vermehren,
der sich nicht einfach willenlos den Umständen fügt, sondern seine Augen offen hält und seine Hände regt. Während an mittelmäßigen Kräften ein Ueberfluß vorhanden ist, sind wirklich tüchtige Kräfte auf allen Gebieten sehr gesucht und verdienen auch dementsprechend. Das alte System, die Brauchbarkeit eines Menschen nach Schulzeugnissen zu werten, bricht mehr und mehr zusammen. Bismarck hat das Gymnasium mit Note 3 absolviert, aber im praktischen Leben alle Zeitgenossen weit übertroffen. Wer hätte vor 20 Jahren zu denken gewagt, daß im deutschen Reich ein Kaufmann, wie Dernburg, Minister werden könnte! Aber unsre Zeit braucht Männer und Frauen, die im Leben etwas leisten. Bilden Sie Ihre geistigen Fähigkeiten zur höchsten Vollkommenheit aus und die Welt steht Ihnen offen. Und wenn auch nicht alle Minister und Millionäre werden können, so kann sich doch jeder einen bessern Posten erringen oder einen gewinnbringenden Nebenverdienst schaffen. Dazu gehört nur Energie und Tüchtigkeit. Den besten Weg hierzu zeigt Ihnen die preisgekrönte **Pöhlmannsche Gedächtnislehre**, wie das von Tausenden dankbarer Schüler bestätigt wird. Hier nur ein paar Auszüge: „In Pöhlmanns Gedächtnislehre haben wir einen unübertrefflichen Beitrag zur Lösung der Frage erhalten, auf welchem Wege die höchste geistige Entwicklung erreichbar sei. . . . Wer die Gedächtnislehre gewissenhaft zu Nutze zieht, muß ein Genie werden oder man kann nichts auf der Welt werden. R. H." „Ich finde Ihre Gedächtnislehre einfach großartig, so klar, so leicht faßlich! R. L." „Alle Winke und Ratschläge sind mit einer bewunderungswürdigen Feinheit der Natur abgelauscht. B. E." Schreiben Sie heute noch um Prospekt (kostenlos) an **L. Pöhlmann**, Prannerstr. 13, **München P. 186.**

Pöhlmanns Gedächtnislehre erhielt auf den internationalen Ausstellungen: Florenz Grand Prix und Goldene Medaille; Paris: Goldene Medaille; Wien: Ehrendiplom mit Goldener Medaille; London:
441] **Ehrendiplom mit Kreuz und Goldener Medaille.**

Herzlichen Dank für die freundlichen Wünsche zu meinem 25jährigen Verbandsjubiläum. [436
Emil Weigel, Melle i. Hann.

Am Herzschlage verstarb plötzlich und unerwartet unser langjähriger Mitarbeiter, der Schriftsetzer
Gustav Schön
im 51. Lebensjahre.
Der Verstorbene war uns allezeit ein lieber Kollege, und werden wir sein Andenken in Ehren halten.
Berlin, den 21. Februar 1908.
Die Kollegen der Buchdruckerei Sittenfeld.

Ganz unerwartet verschied am 21. Februar infolge Herzschlages unser lieber Mitarbeiter, der Schriftsetzer [445
Wilhelm Fiedler
im 28. Lebensjahre.
Sein biederer Charakter sichert ihm ein bleibendes Andenken.
Berlin, den 21. Februar 1908.
Das Personal der Kgl. Hofbuchdruckerei E. S. Mittler & Sohn.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgartenstrasse 43
liefert franko
Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen.
Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Der französische Werksatz. 30 Pf.

Verleger: E. Döblin, Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig. Geschäftsstelle: Salomonstraße 8. — Druck von Radelli & Hille in Leipzig.